Der SPD Bundestags-Newsletter für Mittelfranken

AUSGABE 07

PLENUM 2019

In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:
Ein Neuanfang für die Sozialdemokratie

GABRIELA HEINRICH:
Das Migrationspaket

MARTIN BURKERT:
Verbraucherschutz verbessern, Fluggastrechte stärken

CARSTEN TRÄGER:
Ein Preis für CO_2 – sozial gerechter Klimaschutz

MARTINA STAMM-FIBICH:
Tag der Organspende

Herausgeber: Der Newsletter Plenum ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich, Gabriela Heinrich, Martin Burkert und Carsten Träger. Für den Inhalt sind die Mandatsträger verantwortlich. Die aktuellen Datenschutzbestimmungen finden Sie auf den jeweiligen Internetseiten der Abgeordneten. Der Newsletter enthält Links zu anderen Websites. Diese Verlinkungen sind in der Regel als solche gekennzeichnet. Die Abgeordneten haben keinen Einfluss darauf, inwieweit auf den verlinkten Webseiten die geltenden Datenschutzbestimmungen eingehalten werden.

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Ein Neuanfang für die Sozialdemokratie

Der Rücktritt von Andrea Nahles als Partei- und Fraktionsvorsitzende war konsequent und verdient Respekt. Er ist Herausforderung und Chance für die SPD.

In der zurückliegenden Woche hat die scheidende Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Andrea Nahles, alle ihre Ämter mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Auch auf ihr Bundestagsmandat verzichtet sie in Zukunft.

Andrea Nahles verlässt die politische Bühne ohne sich eine Hintertür offen zu lassen. Das ist konsequent und verdient von und Respekt. Obwohl Andrea Nahles die Politik verlässt, bleibt sie der SPD als Mitglied treu. Ihr letzter Auftritt in der Fraktion war emotional. Der letzte Gang zur Tür – begleitet von Rolf Mützenich, dem kommissarischen Fraktionsvorsitzenden – war beklemmend.

Der Abschied von Andrea Nahles ist eine Herausforderung für unsere Partei. Aber er bietet zugleich Chancen. Eine Herausforderung ist er, weil wir uns selbst eindrucksvoll vor Augen geführt haben, dass wir in der Vergangenheit stellenweise miserabel miteinander umgegangen sind. Dem müssen wir uns stellen und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen.

Wir können, ja wir müssen, uns in der Sache streiten, können heftige Debatten über Inhalte führen und unterschiedliche Ansichten vertreten. Aber wir müssen dies immer mit Anstand tun, mit Respekt vor dem Gegenüber und mit Würde. Und das haben wir in der Vergangenheit leider meistens nicht getan.

Deshalb bietet dieser Abschied auch Chancen, denn er hält uns schonungslos den Spiegel vor. Er ermöglicht uns, aus den eigenen Fehlern zu lernen. Er ermöglicht uns, in Zukunft fair miteinander umzugehen und gemeinsam Lösungen zu finden, wie wir unsere Partei aus der Talfahrt herausholen. Darauf sollten wir uns jetzt konzentrieren. Das Gebot der Stunde ist, personelle Schnellschüsse zu vermeiden, zur Ruhe zu kommen und sehr genau zu überlegen, wer in Zukunft welche Aufgabe übernehmen soll.

Ein erster Schritt ist bereits getan. Mit Malu Dreyer, Thorsten Schäfer-Gümbel und Manuela Schwesig ist die Parteispitze nun übergangsweise mit einem Trio besetzt. Denn für das, was der SPD nun bevorsteht, braucht die Partei keine Einzelkämpfer. Sie braucht moderate Vermittler, die Zwischentöne spüren und die verbinden anstatt zu spalten.

Deshalb ist auch Rolf Mützenich als kommissarischer Fraktionsvorsitzender eine sehr gute Besetzung. Rolf Mützenich hat seine Person stets in den Hintergrund gestellt und ist eher für leise Töne bekannt. Er ist ein Vermittler, dem Inhalte wichtiger sind als die eigene Profilierung.

Wir sollten mit Bedacht wählen, wer Fraktionsvorsitz und Parteivorsitz in der Zukunft einnehmen soll. Auch Fragen nach neuen Strukturen, wie beispielsweise nach einer möglichen Doppelspitze oder nach der Trennung von Partei und Mandat sollten wir in Ruhe diskutieren.

Es ist deshalb gut, dass sich mögliche Kandidaten bislang noch zurückhalten. Das ist unsere Chance. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen uns jetzt Zeit nehmen, um diese Fragen zu klären. Davon hängt die Zukunft der Partei ab.

Zusätzlich müssen wir an unserem Umgang miteinander arbeiten. Wir müssen wieder lernen, Konflikte gemeinsam zu lösen und an einem Strang zu ziehen. Und vor allem müssen wir uns bemühen, dass wir einen respektvollen Umgang miteinander pflegen. Auch und gerade dann, wenn wir in der Sache unterschiedliche Meinungen vertreten. Es ist an der Zeit, die personellen Querelen hinter uns zu lassen und uns auf Inhalte zu konzentrieren.

Denn die Idee der Sozialdemokratie bleibt hoch aktuell. Es ist nun an uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, diese Idee mit Inhalt zu füllen und die großen Themen anzugehen.

Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

gabriela.heinrich@bundestag.de

030 - 227 758 44

www.gabriela-heinrich.de

facebook.com/heinrichgabriela

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Das Migrationspaket

Die Reformen, die wir jetzt im Bundestag verabschiedet haben, setzen den Koalitionsvertrag um. Worum geht es im Einzelnen beim Migrationspaket?

Die SPD steht dafür, Schutzbedürftigen Schutz zu bieten. Hier bleibt alles so, wie es ist. Auch wer keinen Schutzbedarf hat, kann künftig durch eigene Integrationsleistung in Deutschland bleiben. Und wir haben der Union endlich ein Einwanderungsgesetz abgerungen!

Endlich. Ein Einwanderungsgesetz

Wir brauchen qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Erstmals öffnen wir jetzt Einwanderungsmöglichkeiten auch für Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung (bisher konnten nur Fachkräfte mit Hochschulabschluss oder in Mangelberufe einwandern). Menschen können in Deutschland einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchen, wenn sie die Zeit der Suche selbst finanzieren, bereits Deutschkenntnisse und eine anerkannte Qualifikation vorweisen können. Bei Fachkräften, die über 45 Jahre alt sind, muss eine Altersvorsorge gesichert sein, damit unsere Rentenkasse nicht belastet wird.

Verbesserungen für Asylbewerber_innen und Geduldete

Das „Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ sieht Verbesserungen für Geduldete vor: Die bestehende Ausbildungsduldung („3+2-Regelung“) kann endlich bundeseinheitlich angewandt werden. Gleichzeitig erleichtern wir für Asylbewerber und Geduldete den Zugang zu Integrationskursen, berufsbezogener Sprachförderung und Ausbildungsförderung. Darüber hinaus führen wir eine Beschäftigungsduldung ein, mit der wir Integrationsleistung würdigen und auch denen eine Chance geben, die zwar keinen Schutzbedarf haben, aber hier arbeiten und Teil unserer Gemeinschaft geworden sind. 45.000 Personen plus deren Arbeitgeber können davon unmittelbar profitieren. Eine Stichtagsregelung stellt dabei sicher, dass kein Anreiz dafür geschaffen wird, Erwerbsmigration über ein Asylverfahren zu verfolgen. Dafür gibt es jetzt auch das Einwanderungsgesetz.

Ein starker Rechtsstaat

Das Migrationspaket verschärft auch Regeln, gar keine Frage. Das gilt für diejenigen, bei denen keinerlei Schutzbedürfnis festgestellt werden konnte und die auch bei ihrer Identität täuschen, sich der Klärung ihrer Identität verweigern oder Straftaten begehen. Entgegen anderslautender Behauptungen schränkt das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ den Flüchtlingsschutz und das Recht auf Asyl nicht ein. Ehrenamtliche und Helfer können weiterhin ihre wichtige Arbeit tun. Eine vom Bundesinnenminister geplante Kriminalisierung der Ehrenamtlichen haben wir verhindert.

Zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren gehört auch die Rückführung, wenn jemand keinen Anspruch hat, in Deutschland zu bleiben. Künftig wird unterschieden, ob jemand unverschuldet an der Ausreise gehindert ist oder die Ausreise selbst verhindert. Und in Einzelfällen, die auch individuell geprüft und vom Gericht angeordnet werden müssen, können Ausreisepflichtige auch als letztes Mittel in Abschiebehaft genommen werden, zum Beispiel bei Fluchtgefahr.

Abschiebungen sind eine ungeheure Belastung für die Betroffenen, aber sie sind eine rechtsstaatliche Konsequenz. Wer an diesen Prinzipien rüttelt, muss dazu sagen, dass dies ein Abschied vom Recht auf Asyl wäre und ein bedingungsloses Bleiberecht für alle die Folge. Wir setzen dagegen auf Schutz für diejenigen, die Schutz brauchen und auf pragmatische Lösungen für diejenigen, die schon ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind, mit offenen Karten spielen und sich integriert haben.

„Die SPD hat 20 Jahre für das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz gekämpft. Jetzt kommt es“

Martin Burkert | **Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach**

martin.burkert@bundestag.de

030 - 227 733 63

www.martin-burkert.de

facebook.com/burkertmartin

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Verbraucherschutz stärken, Fluggastrechte verbessern

Die SPD setzt sich im Bundestag für eine Verbesserung der Passagierrechte im Luftverkehr ein. Vor allem der Schutz bei Insolvenzen steht an erster Stelle.

Die Sommerferien stehen vor der Tür und damit für einige auch der Flug in den Urlaub. Nach den Insolvenzen von Air Berlin, Germania und flybmi, die am Nürnberger Flughafen für den Wegfall zahlreicher Verbindungen sorgten, sind Fluggäste allerdings verunsichert. Viele erinnern sich auch noch an die Rekordverspätungen im „Chaossommer 2018“. Die kürzlich angekündigte Einstellung der Direktflüge vom Flughafen Nürnberg nach Berlin tut ihr Übriges, um das Vertrauen der Passagiere in die Zuverlässigkeit der Airlines weiter zu schwächen.

SPD-Politiker Martin Burkert ist im Verkehrs- und im Tourismusausschuss des Bundestages für Verbraucherschutz zuständig. *Foto: Marco Urban*

Um Passagiere besser zu schützen, arbeitet die SPD-Bundestagsfraktion derzeit an einer Stärkung der Fluggastrechte. An vorderster Stelle stehen wirksame Maßnahmen zum Schutz der Kundinnen und Kunden bei Airline-Insolvenzen. Zur Orientierung dienen die seit 2018 gültigen Vorschriften für Pauschalreisen, die Veranstalter dazu verpflichten, alle Reisebausteine gegen Insolvenz abzusichern.

Dass das funktioniert, zeigte der Fall Germania: Passagiere, deren Flug Teil einer Pauschalreise war, waren abgesichert und wurden umgebucht oder entschädigt. Reisende, die ihre Flüge selbst gebucht hatten, hatten weniger Glück – ihre Tickets waren plötzlich wertlos, im schlimmsten Fall strandeten sie am Urlaubsort. Das darf nicht mehr passieren. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass auch Individualreisende gegen die Insolvenz von Fluggesellschaften abgesichert sind – in Deutschland sowie im Rest der EU.

Auch bei anderen Aspekten rund um das Thema Verbraucherschutz bei Flugreisen besteht noch Verbesserungsbedarf. So ist es heute zum Beispiel ein Kinderspiel, innerhalb weniger Minuten im Internet ein Ticket zu buchen. Wenn dann allerdings mal etwas schiefgeht und der Fluggast Anrecht auf Entschädigung hat – zum Beispiel wegen einer Verspätung oder einem ausgefallenen Flug – wird es komplizierter: Viel zu oft müssen Entschädigungsanträge noch in Papierform eingereicht werden. Auch die Stornierung bereits gebuchter Flüge ist meist zu kompliziert. Hier wollen wir dafür endlich sorgen, dass die Airlines verbraucherfreundliche digitale Verfahren für die Kunden zur Verfügung stellen.

Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

carsten.traeger@bundestag.de

030 - 227 778 01

www.carsten-traeger.de

facebook.com/carstentraegermdb

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Ein Preis für CO_2 – sozial gerechter Klimaschutz

Alle Experten raten: Wenn klimaschädliches Verhalten einen Preis bekommt, wird es weniger stattfinden. Deshalb wollen wir einen Preis für CO_2. Und zwar sozial verträglich, ohne kleine und mittlere Einkommen zusätzlich zu belasten.

Carsten Träger spricht im Bundestag über einen sozial gerechten CO_2-Preis. *F: Deutscher Bundestag*

Deutschland verfehlt sein Klimaziel für das Jahr 2020 und wird große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Ziele für die Jahre 2030 und 2050 einhalten zu können. Der Instrumentenmix aus Förderung und Ordnungsrecht zeigt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus, um die CO_2-Emissionen im erforderlichen Maß zu reduzieren.

Wir wollen, dass sich Steuern und Abgaben nach der Klimaschädlichkeit der eingesetzten Energieträger richten. Derzeit sind fossile Energien immer noch vergleichsweise günstig – vor allem, weil die ökologischen Folgeschäden nicht „eingepreist“ werden. Eine Festlegung von Steuern und Abgaben anhand des CO_2-Ausstoßes kann ein Beitrag zu marktgetriebenem Klimaschutz auch außerhalb der Energiewirtschaft sein. In einer Reihe von europäischen Nachbarstaaten gibt es bereits gute Erfolge mit einer CO_2-Bepreisung, die Wissenschaft mahnt uns schon lange.

Eine Ausweitung des Europäischen Emissionshandels ist leider kurzfristig nicht realistisch – und würde zur Erfüllung unserer Ziele auch nicht ausreichen. Unser Ziel ist eine gerecht ausgesteuerte Ressourcenverwertung: Schadstoffe durch den Verbrauch fossiler Ressourcen (Erdöl, Kohle, aber auch Uran und Erdgas) müssen einen Preis bekommen.

Die Belastung von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen darf in der Startphase nicht steigen. Bei sinkendem Ausstoß von fossilem CO_2 muss auch die Abgabe sinken. Besonders interessant ist das Schweizer Modell einer „Klimadividende“: Durch eine pauschale Rückvergütung der Einnahmen pro Kopf und Familie wird umweltfreundliches Verhalten belohnt und gleichzeitig der CO_2-Preis sozial ausgestaltet.

Ein Nebeneffekt: Strom aus Erneuerbaren Energien hat die wenigsten negativen Folgen für Klima, Umwelt und Gesundheit. Eine CO_2-orientierte Besteuerung würde ihn vergünstigen und so die Stromkunden entlasten.

Wir wollen einen CO_2-Preis....

- der durch Verteuerung von fossilen Energieträgern Anreize für Klimaschutz setzt und technologische Innovationen fördert
- der die Ungleichbehandlung bei der Bepreisung verschiedener Energieträger ausgleicht
- der sozial gerecht ausgestaltet ist und keine negativen Auswirkungen auf untere und mittlere Einkommensgruppen hat
- der Teil einer Klimaschutz-Strategie ist, die Ordnungsrecht, Zertifikatehandel und Förderanreize umfasst

Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

martina.stamm-fibich@bundestag.de

030 - 227 774 22

www.stamm-fibich.de

facebook.com/martina.stammfibich

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Der Tag der Organspende

Neues Gesetz verbessert Strukturen für Spender und Empfänger.

Am 1. Juni war Tag der Organspende. Schon seit 35 Jahren findet der Tag der Organspende jeweils am ersten Samstag im Juni statt. An diesem Tag stehen die Menschen im Mittelpunkt, die Organe gespendet haben oder denen als Empfänger eines Organs ein neues Leben geschenkt wurde. Es ist ein Tag des Dankens. Und auch des Mahnens daran, dass die Organspende Leben rettet.

Und dieses Jahr ist ein ganz besonderes Jahr für die Organspende und Transplantation in Deutschland. Am 1. April ist das „Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes“ in Kraft getreten. Künftig haben Transplantationsbeauftragte in Krankenhäusern mehr Zeit und mehr Befugnisse. Krankenhäuser werden für Transplantationen und die Vorbereitung der Operationen angemessen vergütet. Und Empfänger können Angehörigen des Spenders in anonymisierter Form danken. Damit haben wir die Strukturen verbessert, in denen Organtransplantationen stattfinden.

Verbessern will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auch die Spendenbereitschaft. Er plant ein Gesetz mit dem die erweiterte Widerspruchslösung eingeführt wird. Das heißt, jede und jeder ist Organspender, es sei denn er oder sie widerspricht zu Lebzeiten oder seine Angehörigen nach ihrem oder seinem Tod. Ich halte diesen Weg für falsch. Denn damit würden wir einen fundamentalen Paradigmenwechsel vollziehen. In unserem Rechtssystem gilt ein Schweigen nicht als Zustimmung. Und gerade bei diesem sensiblen und sehr persönlichen Thema muss aktiv zugestimmt werden.

Deshalb unterstütze ich den „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende“ von Annalena Baerbock und anderen. Wir wollen keine Pflicht zur Organspende. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv Ja zur Organspende sagen. Wir wollen die Entscheidungsbereitschaft stärken. Die Erklärung zur Organ- und Gewebespende soll in einem bundesweiten Online-Register beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information eingerichtet werden. Abfragen ob eine Bereitschaft besteht, sollen die Ausweisstellen des Bundes und der Länder. Diesen Punkt halte ich persönlich für kritisch. Denn diese sensiblen Informationen gehören meiner Meinung nach in ärztliche Hände und sollten künftig auf der elektronischen Gesundheitskarte vermerkt sein.

„So anstrengend kann Demokratie sein“

Rund 300 Jugendliche zwischen 17 und 20 Jahren haben am Planspiel Jugend und Parlament teilgenommen. Das Planspiel wird jedes Jahr vom Deutschen Bundestag organisiert. Die Jugendlichen schlüpfen in die Rollen von Abgeordneten fiktiver Parteien, diskutieren Gesetzentwürfe und Anträge und versuchen Mehrheiten zu finden. Dabei lernen sie ganz konkret die parlamentarische Arbeit kennen. Am Rande habe ich mit Sophie Nlebedim gesprochen. Sie ist Mitglied im Jugendparlament Erlangen und wurde von mir nominiert. Ihr Eindruck: „So anstrengend kann Demokratie sein“. Denn obwohl es beim Planspiel nur drei Parteien gab, war der zu findende Kompromiss ein hartes Stück Arbeit.